

**ANFRAGE** von Christoph Fischbach (SP, Kloten) und Wilma Willi (Grüne, Stadel)

Betreffend      Umgang mit Anlässen von Extremisten aller Couleur und die Sicherheit

---

Immer wieder sorgen Anlässe mit extremistischen Gästen und Gastredner:Innen im Kanton Zürich medial für Aufsehen. Wie der Zürcher Unterländer am 17. Dezember 2024 berichtete, fand Mitte Dezember in den Räumlichkeiten eines Restaurants in Kloten eine Veranstaltung der Vereinigung «Junge Tat» mit zwei Vertreter:innen der AfD statt. Recherchen des deutschen Magazins «Correctiv» haben zudem aufgedeckt, dass am Treffen auch Vertreter:innen der in Deutschland verbotenen Gruppierung «Blood and Honour» teilgenommen haben, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, nationalsozialistische Ideologien zu verbreiten. Die „Junge Tat“ wird vom Nachrichtendienst des Bundes (NDB) als rechtsextrem eingestuft. Die Gruppierung ist gewaltbereit und vertritt xenophobe sowie antisemitische Ansichten, wie die Forderung nach «Remigration», der massenhaften Abschiebung von Menschen mit Migrationshintergrund. Sie macht sich Symbole aus dem Dritten Reich zu eigen. Mitglieder der Jungen Tat sind wegen Delikten wie beispielsweise Rassendiskriminierung verurteilt oder angeklagt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Kompetenzen hat der Regierungsrat generell betreffend die Bewilligung und Durchführung von solchen Anlässen und Treffen in Gemeinden des Kantons Zürich?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Sicherheitsrisiken solcher Veranstaltungen und Treffen?
3. Wo sieht der Regierungsrat in diesem Zusammenhang die Grenze zwischen Meinungsfreiheit und staatsfeindlichen Handlungen?
4. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat, um zu verhindern, dass der Kanton Zürich ein Hotspot für Versammlungen und Treffen von extremistischen Gruppen und Personen aus dem In- und Ausland wird?
5. Sieht der Regierungsrat den Bedarf für die Bereitstellung von Richtlinien und Empfehlungen für die Gemeinden oder auch für Organisationen, damit diese sich gegen staatsfeindliche Veranstaltungen und Treffen mit extremistischen Teilnehmenden aller Couleur auf ihrem Gemeindegebiet wehren können?

Christoph Fischbach  
Wilma Willi